

Rußland und das Jahr 1945

von Elena Zubkova

Im Jahre 1991 ging ein großer Abschnitt der russischen Geschichte zu Ende, den man gewöhnlich als Sowjetzeit bezeichnet. Der Zerfall der Sowjetunion, die Entstehung neuer unabhängiger Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und der Zusammenbruch des Ostblocks in Europa haben im heutigen Rußland kontroverse Reaktionen ausgelöst. Die einen bewerten diese Prozesse als einen Verlust jener Position, die sich das Land 1945 nach dem siegreichen Ende des Krieges erkämpft hatte. Die anderen dagegen sehen in diesen äußerlich destruktiven Prozessen eine Entwicklung progressiver Tendenzen, die sich zwar gleich nach Kriegsende geltend gemacht hatten, die jedoch in der Folgezeit durch die konservative Tradition blockiert worden waren. Ungeachtet der Polarität beider Meinungen stimmen sie doch in einem Punkt überein: Die Ereignisse der Jahre 1989–1991 kann man nur im Kontext der Geschehnisse des Jahres 1945 sowie der Folgezeit verstehen und beurteilen. Damals bildeten sich die Grundzüge des innen- und außenpolitischen Beziehungssystems der UdSSR heraus, das als solches mit unwesentlichen Veränderungen bis Ende der 80er Jahre Bestand hatte.

Und noch ein zweiter wichtiger Punkt muß erwähnt werden: Für das russische gesellschaftliche Bewußtsein markiert das Jahr 1945 nicht einfach nur einen Scheidepunkt. Es ist zu einem Symbol geworden, das aus dem historischen Gedächtnis des Volkes nicht mehr wegzudenken ist. 42 Mio. Menschen der heutigen russischen Bevölkerung (bei einer Gesamtbevölkerungszahl Rußlands von 148 Mio.) haben den Zweiten Weltkrieg miterlebt.¹ Für sie sind die Ereignisse jener Jahre nicht nur abstrakte Geschichte. Es ist die Geschichte ihres eigenen Lebens, persönlicher Gewinne und Verluste, und deshalb ist das Verhältnis der älteren Generation zur Kriegszeit und den Nachkriegsjahren durchdrungen von den Spuren „gelebter Geschichte“.

Jedes Volk hat das Recht darauf, das Kriegsjahr 1945 auf seine Art und Weise zu beurteilen, ausgehend von den Erfordernissen der Entwicklung einer eigenen Staatlichkeit und Kultur. Dennoch hatte das Jahr 1945 – ungeachtet der unterschiedlichen weiteren Schicksale der Völker und Länder – eine gewisse allgemeine, ja sogar allgemeinmenschliche Bedeutung: Es

¹ Rossijskaja Federacija v 1992 godu (Die Russische Föderation im Jahre 1992). Moskva 1993, S. 99.

war das Jahr des Kriegsendes. Für die Mehrzahl der Russen, die diesen Krieg durchgemacht hatten, war eben diese allgemeinmenschliche Bedeutung entscheidend für den Stellenwert des Phänomens Sieg. Natürlich bedeutete der militärische Sieg Rußlands nicht nur das Ende von Kriegsnot und -entbehrungen sowie den Beginn des langersehnten Friedens. Der Krieg und seine Folgen hatten sowohl das gesamteuropäische Leben als auch die Situation Rußlands im Innern radikal verändert. Was die Frage der Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges und seiner Folgen auf die UdSSR betrifft, so ist solch eine allgemeine Herangehensweise ohnehin wohl kaum historisch gerechtfertigt und bedarf, um korrekt zu sein, einer Konkretisierung: Was ist im gegebenen Fall überhaupt unter UdSSR zu verstehen – der Staat? die Gesellschaft? die Staatsmacht? die Wirtschaft? das System internationaler Beziehungen? usw.

Die Problemstellung „Rußland und das Jahr 1945“ als solche ist somit praktisch unerschöpflich. Deshalb werden in dem folgenden Aufsatz nur einige Aspekte dieses großen Themas berührt werden. Einer von ihnen betrifft die Auswirkungen des Krieges und seiner Folgen auf die Gesellschaft, und ein weiterer beschäftigt sich mit der Veränderung der geopolitischen Lage der UdSSR und der Politik der sowjetischen Führung. Am Schnittpunkt dieser zwei Problemkreise, in denen sich verschiedene, oftmals gegensätzliche Interessen von Staatsmacht und Gesellschaft widerspiegeln, bildeten und entfalteten sich die Grundtendenzen der sowjetischen Nachkriegsgeschichte.

Die Geschichte der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg ist nicht nur für das moderne Rußland von Interesse. Die positiven Wandlungen, die Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre in Europa stattfanden, knüpften nicht zuletzt an innenpolitische Entwicklungen innerhalb der UdSSR an. Diese unter dem Namen „Perestrojka“ bekanntgewordenen Prozesse kann man in diesem Sinne als Realisierung jener Erwartungen und Hoffnungen betrachten, die direkt nach dem Krieg in der russischen Gesellschaft entstanden waren, die jedoch damals bei der obersten Regierungsmacht des Landes kein Gehör fanden. Die historische Kontinuität zwischen den Ereignissen gegen Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre und dem Jahr 1945 wird zudem von dem Einfluß eines persönlichen Faktors bestimmt: 1985 kamen in der UdSSR Politiker an die Regierung (darunter M. Gorbacëv, B. El'cin u.a.), die zur Generation der „Kriegskinder“ gehören. Diese Menschen hatten die Notzeiten der Kriegs- und Nachkriegsjahre noch am eigenen Leibe erfahren, was sich bewußt oder unbewußt viele Jahre später in ihrer konkreten Politik widerspiegeln sollte, wenn auch eine solche Gemeinsamkeit grundsätzliche Divergenzen zwischen ihnen nicht ausschließt.

Das Jahr 1945 verwandelte das Antlitz der Welt, es hatte den gewohnten Lebensstrom vieler Völker durchbrochen. Die allgemeine Bedrohung hatte sie einander nähergebracht und die ehemalige Feindschaft und den egoistischen Kampf der Staaten gegeneinander in den Hintergrund gedrängt. Nicht einmal zu Zeiten des „Kalten Krieges“ und der allgemeinen Atompsychose war es gelungen, die im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg entstandene Idee einer friedlichen Einheit zu begraben, die viel später dann in den 80er Jahren als Idee eines „gemeinsamen Hauses“ firmieren sollte. Trotz dieser Tendenz entwickelten sich die Dinge für die Völker der Sowjetunion weitaus dramatischer: Kaum, daß das „Fenster nach Europa“ geöffnet worden war, ließ man dort eiligst den „eisernen Vorhang“ herunter und verurteilte das Land damit zu Jahren der Isolation, das heißt zur Unfreiheit. Die Sowjetbürger konnten nur noch darüber spekulieren, was tatsächlich in der Welt vor sich ging, um dann mit bitterem Erstaunen mitanzusehen, wie der unlängst niedergeschlagene Gegner rasch wieder auf die Beine kam und sich ein neues, pulsierendes Leben einrichtete, während die Sieger wie ehemals auf halber Ration gehalten wurden und alles und jedes mit den Folgen des Krieges gerechtfertigt wurde.

So war es, was aber nicht heißt, daß es so sein sollte. Das Jahr 1945 hatte Rußland die Möglichkeit beschert zu wählen: entweder sich zusammen mit den anderen zivilisierten Staaten weiterzuentwickeln oder aber so wie bisher einen „eigenen Weg“ in der Tradition des sozialistischen Messianismus zu suchen. „Es gibt heute keine quälendere Frage als jene nach der Freiheit in Rußland“, schrieb 1945 der russische Philosoph G. Fedotov in der Emigration. „Nicht in dem Sinne natürlich, daß man nach ihrer Existenz in der UdSSR fragte. Darüber können sich nur Ausländer Gedanken machen, und dazu noch ziemlich unwissende. Es geht vielmehr darum, ob ihre Wiedergeburt dort nach dem gewonnenen Krieg möglich ist (...).“² Weder Fedotov noch andere nüchtern denkende Köpfe innerhalb des Landes und jenseits seiner Grenzen konnten eine eindeutige Antwort auf diese Frage geben und sich einen Weg in die Demokratie in Gestalt einer jähen Wende vorstellen. Sie meinten, daß das Jahr 1945 Rußland die Chance einer demokratischen Wahl gegeben hatte, wenngleich sie auch diese Chance für gering hielten.

Die demokratische Tradition war im inneren Leben des Landes äußerst schwach ausgeprägt. Die politischen Strukturen und die Art und Weise der Organisation des geistigen Lebens tendierten zu autoritären Formen und waren gegenüber den verschiedensten Arten von Neuerungen nicht

² G. Fedotov, *Rossija i svoboda* (Rußland und die Freiheit), in: *Znamja* (1989), Nr. 12, S. 198.

empfänglich. Der Krieg jedoch hatte das Fenster nach Europa aufgestoßen und dem Land die Möglichkeit geliefert, bei den demokratischen Staaten Europas und Amerikas in die Lehre zu gehen. Der Historiker M. Gefter (ein Teilnehmer des Krieges) schrieb im Hinblick auf die Evolutionsprozesse des menschlichen Bewußtseins im Krieg: „Ja, da ist das Unsrige – das Russische, das Sowjetische, doch dann ist da noch die Welt, die damals bei uns Einzug gehalten hat (...).“³ „Im Frühjahr 1945“, beschreibt ein Frontkorrespondent, der später berühmte russische Schriftsteller E. Kazakevič, seine Empfindungen, „hielten sich die Menschen nicht ohne Grund für Giganten.“⁴ Einen großen Einfluß auf die Bildung eines neuen Selbstbewußtseins hatten die Folgen des Auslandsfeldzugs der sowjetischen Armee. Menschen, die sich bis zu dem Krieg ihre Vorstellungen über das Leben außerhalb der Grenzen der UdSSR nur aufgrund sowjetischer Zeitungen und Kino-Wochenschauen machen können, erhielten die Möglichkeit, die Welt mit eigenen Augen anzuschauen. Danach stand der wichtigste Mythos der Sowjetpropaganda – über die unbedingten Vorzüge des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus – nicht mehr ganz so unangezweifelt da und bedurfte neuer Argumente. Zu solch einem Argument wurde der Sieg, der der Sowjetunion zu einem nie dagewesenen internationalen Prestige verhalf und – hierin liegt das tragische Paradoxon des Jahres 1945 – dem Regime zu einer nie dagewesenen Autorität innerhalb des Landes.

„In siegestrunkener Selbstüberschätzung beschlossen wir, daß unser System ideal sei, (...) und unterließen es nicht nur, es zu verbessern, sondern begannen im Gegenteil, noch mehr zu dogmatisieren“, schrieb der Schriftsteller und Frontkämpfer F. Abramov.⁵ Sogar jene, die noch vor dem Krieg, in den 30er Jahren, das Wesen des stalinistischen Regimes begriffen hatten, waren nach dem Sieg bereit, Stalin sowohl den Terror als auch die Kollektivierung und die Katastrophe der ersten Kriegsmonate zu „verzeihen“.⁶ Aber es ging nicht nur ums Verzeihen. Darin schlummerte die Hoffnung, daß das Leben im Land nach dem Ende des Krieges rasch eine Wendung zum Besseren nehmen würde. Dabei wurde der Begriff des

³ M. Gefter, „Stalin umer včera ...“ („Stalin starb gestern ...“), in: *Inogo ne dano* (Anders ist es nicht gegeben). Moskva 1988, S. 305.

⁴ E. Kazakevič, *Slušaja vremja. Dnevniki, zapisnye knižki, pis'ma* (Der Zeit abgelauscht. Tagebücher, Aufzeichnungen, Briefe). Moskva 1990, S. 316.

⁵ F. Abramov, *A ljudi ždut, ždut peremen. Iz dnevnikovych i rabočich zapisej* (Und die Menschen warten, warten auf Veränderungen. Aus Tagebuch- und Arbeitsaufzeichnungen), in: *Izvestija* vom 3. Februar 1990.

⁶ V. Nekrasov, *Tragedija moego pokolenija. „V okopach Stalingrada“: do i posle* (Die Tragödie meiner Generation. „In den Schützengräben von Stalingrad“: vorher und nachher), in: *Literaturnaja Gazeta* vom 12. September 1990, S. 15.

„Besseren“ von den Vertretern der verschiedenen Bevölkerungsschichten unterschiedlich gedeutet. Die gebildeten Schichten der Bevölkerung – vor allem Intelligenz und Studentenschaft – erhofften sich eine gewisse Liberalisierung des Regimes und damit verbunden eine größere Schaffensfreiheit, die Freiheit des Wortes, den Ausbau der Kontakte zum Westen.⁷

Daß es solche Stimmungen gab, davon zeugen nicht nur Tagebücher, Memoiren oder Briefe jener Jahre, sondern auch Mitteilungen offizieller Organe, die man beauftragt hatte, die geistige Lage der Bevölkerung zu erforschen. In diesen Berichten, die häufig den Stempel „geheim“ trugen, wurden solche Meinungen und Erwartungen als „antisowjetisch“, „feindlich“ und „ungesund“ eingestuft.

Es waren nicht nur die Stimmungen innerhalb der Intelligenz, die aus der Sicht der Behörden als „ungesund“ galten. Z.B. fielen auch die Erwartungen der Bauern, ihre Hoffnung auf eine Auflösung der Kolchosen nach dem Krieg und auf die Möglichkeit, individuelle Landwirtschaft zu betreiben, unter die Kategorie „feindlich“. Tatsächlich gingen nach dem Krieg in den russischen Dörfern entsprechende Gerüchte um. „Die Gerüchte über die Liquidation der Kolchosen (...) sind derzeit unter den Kolchosbauern weit verbreitet“, heißt es in einer der offiziellen Mitteilungen, die im Juli 1945 an das Zentralkomitee der KPdSU (b) gingen, „und auch Gespräche darüber, daß (...) England und Amerika unserer Regierung ein Ultimatum gesetzt hätten: Entweder ihr löst die Kolchosen auf oder wir erklären Rußland den Krieg; (...) daß die Amerikaner vom Flugzeug aus kontrollieren werden, ob die Kolchosen tatsächlich aufgelöst werden (...).“⁸ Diese Stimmungen, im Sprachgebrauch der offiziellen Organe als „kolchosfeindlich“ betitelt, wurden zu jener Zeit nicht nur unter den gewöhnlichen Kolchosbauern, sondern auch in den Reihen der Kolchosleiter registriert. In diesem Fall bestand das „Verbrechen“ darin, daß einige Kolchosleiter auf ein Nachlassen des Drucks von seiten der staatlichen Organe und auf die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Kolchosen hofften. „Die Kolchosen müssen irgendwie umorganisiert werden, sonst verarmen sie noch ganz und gar“, teilte ein Kolchosvorsitzender seine Gedanken mit. „Wenn man die Kolchosen nur selbständig wirtschaften lassen und sich weder in ihre inneren Angelegenheiten einmischen noch ihnen irgendwelche Pläne vorschreiben würde, sondern sie verpflichtete,

⁷ K. Simonov, Glazami čeloveka moego pokolenija (Mit den Augen eines Menschen meiner Generation), in: Znamja (1988), Nr. 3, S. 49.

⁸ Rossijskij centr chranenija i ispol'zovanija dokumentov novešej istorii (Russisches Zentrum zur Erhaltung und Nutzung der Dokumente zur Zeitgeschichte) (RCChID-NI), Best. 17, Verz. 117, A. 527, Bl. 92.

eine bestimmte Produktionsmenge an den Staat abzugeben, dann würden wir das auch tun. Aber wie wir das machen, das wäre unsere Sache. Wir würden den Boden weniger und besser bearbeiten, und wir hätten selber Brot und würden noch die Stadt mit Lebensmitteln reichlich versorgen.“⁹

Auf eine eigene Art und Weise erlebten jene Völker das Ende des Krieges, die in den 40er Jahren deportiert und in Sibirien und Kazachstan zwangsangesiedelt worden waren: Tschetschenen, Inguschen, Balkaren, Krimtataren, Wolgadeutsche und andere. Das Jahr 1945 weckte in ihren Kreisen eine gewisse Hoffnung auf Rehabilitation und Rückkehr in die Heimat. Entsprechende Reaktionen der sowjetischen Regierung, die diesen Wünschen gegenüber Entgegenkommen signalisiert hätten, blieben jedoch aus, was sich wiederum auf die Stimmung besagter Bevölkerungsgruppen auswirken mußte. Beobachter in jenen Regionen informierten Moskau über die Verbreitung negativer Stimmungen gegenüber der sowjetischen Führung, ihrer Vertreter vor Ort und auch gegenüber Stalin unter den Zwangsangesiedelten, besonders unter den Angehörigen der kaukasischen Völker.¹⁰

Das Vorhandensein kritischer Stimmungen in der sowjetischen Gesellschaft brachten die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR im Februar 1946 zutage. Die in verschiedenen Teilen des Landes arbeitenden Informanten des Zentralkomitees der KPdSU (b) stellten in ihren Berichten fest: Obwohl die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung eine positive Einstellung zu den Wahlen habe, begegne man „einzelnen feindlichen und antisowjetischen Äußerungen“. Derartige Äußerungen beinhalteten in der Regel Zweifel an dem demokratischen Charakter der Wahlen (es konnte nur für einen konkurrenzlosen Kandidaten gestimmt werden), Kritik an den örtlichen Behörden, die Weigerung, an der Wahl teilzunehmen u.a.¹¹

Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß kritische Stimmen zwar vorhanden waren, aber nicht vorherrschend wurden. Die sowjetische Gesellschaft lebte nach dem Krieg zwar tatsächlich in der Erwartung von Veränderungen, in der Hoffnung auf einen Wandel der Dinge, aber dies hieß keineswegs, daß man auch bereit war, dafür zu kämpfen. Der Frieden stand damals an oberster Stelle, und es war daher ausgeschlossen, daß sich ein wirklicher Keil zwischen Gesellschaft und Staatsmacht schieben konnte. Nicht zufällig bildete und bildet noch heute die bekannte russische Redensart „nur keinen Krieg“, über die man heute gerne spottet, für

⁹ Ebenda, Bl. 119ff.

¹⁰ Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii (Staatliches Archiv der Russischen Föderation) (GARF), Best. 9401, Verz. 2, A. 134, Bl. 236ff.; A. 138, Bl. 321 u. 383.

¹¹ RCChIDNI, Best. 17, Verz. 125, A. 420, Bl. 18, 29 u. 41.

mehrere Generationen russischer Menschen, die diesen Krieg durchgemacht haben, einen realen Wertmaßstab.

Der Krieg hatte im ganzen Land schwere Folgen hinterlassen. Die Frage nach der Zahl der Opfer des Zweiten Weltkrieges in der UdSSR ist noch immer umstritten. Untersuchungen, die auf der Methode des demographischen Gleichgewichts beruhen, schätzen die Zahl der Opfer allgemein auf 26,6 Mio. Menschen.¹² Hiervon waren 76%, d.h. 20 Mio., Männer. Unter ihnen waren besonders stark die Geburtenjahrgänge 1901–1931 betroffen, das heißt der leistungsfähigste Teil der männlichen Bevölkerung.¹³ Allein dieser Umstand macht deutlich, daß Rußland nach dem Krieg ernste demographische Probleme erwarteten. 1946 kamen auf 96,2 Mio. Frauen in der UdSSR 74,4 Mio. Männer, wobei das Verhältnis in den Dörfern noch ungünstiger war.¹⁴ Dieses demographische Ungleichgewicht hatte soziale und psychologische Folgen. Es führte zum Problem der Einsamkeit unter den Frauen und dem Problem der „vaterlosen Kinder“. Auch der Anstieg der Kinderkriminalität sowie der Obdachlosigkeit unter Kindern nach dem Krieg hatte hier seinen Ursprung.

Der Heldenkult im Zusammenhang mit dem Krieg verbreitete sich erst später in der Gesellschaft. Unmittelbar nach dem Krieg wich die Sieges euphorie sehr schnell dem Bewußtsein über die Größe der Verluste (obwohl eine ungefähr der Wirklichkeit entsprechende Zahl der Opfer erst einige Jahrzehnte später öffentlich bekanntgegeben wurde). Die Erinnerung an den Krieg als eine große Notzeit blieb noch lange im Gedächtnis der Menschen bestehen. Eines der häufigsten Gerüchte, die in den ersten Nachkriegsjahren unter der Bevölkerung zirkulierten, war jenes, das die Gefahr eines neuen Krieges beschwor, und zwar diesmal mit den ehemaligen Verbündeten der UdSSR, also Großbritannien und Amerika.¹⁵ Diese Stimmungslage machten sich die Staatsmacht und ihr Propagandaapparat weidlich zunutze. Aus den eben noch Verbündeten wurde der neue Feind, dessen aggressive Absichten die staatlichen Organe angeblich daran hinderten, ihre sozialen Programme zu verwirklichen und dem unter den Kriegsfolgen leidenden Volk in vollem Maße Hilfe zu leisten. Diese einfache und einleuchtende Erklärung lieferte die Propaganda, um den wahren Hintergrund der Interessengegensätze zwischen Gesellschaft und Staatsmacht zu vertuschen, von denen letztere in Wahrheit damit beschäftigt war, die neue geopolitische Doktrin der UdSSR zu verwirklichen.

¹² Naselenie Sovetskogo Sojuza. 1922–1991 (Die Bevölkerung der Sowjetunion. 1922–1991). Moskva 1993, S. 73.

¹³ Ebenda, S. 77.

¹⁴ Ebenda, S. 121–134.

¹⁵ RCChIDNI, Best. 17, Verz. 125, A. 425, Bl. 4, 7 u. 39f.

Infolge des Krieges änderte sich nicht nur die sowjetische Gesellschaft, sondern auch die sowjetische Regierung hatte offenbar einen neuen internationalen Status erhalten. Für die UdSSR als Staat wurde die grundlegende Veränderung der geopolitischen Lage des Landes zur entscheidenden Konsequenz des Krieges. Aufgrund der territorialen Gewinne im Westen (Baltikum, westliche Ukraine und westliches Weißrußland) und im Osten (südliches Sachalin und die Kurilen) hatte sich die UdSSR geographisch den Grenzen des Russischen Reiches zu Beginn des 20. Jahrhunderts (mit Ausnahme einiger Gebiete) angenähert. Diese Tatsache war jedoch nicht allein und nicht in erster Linie von geographischer Bedeutung, sondern barg gleichzeitig eine Rückkehr zur Reichsideologie in sich, zum imperialen Gedanken in leicht modernisierter Verkleidung, der sowohl Innen- als auch Außenpolitik der sowjetischen Führung bestimmte.

Stalins Hauptanstrengungen nach dem Krieg waren darauf gerichtet, die 1945 erkämpfte Position zu sichern und zu festigen. Dabei ging es nicht nur darum, die neuen Territorien zu halten und zu beherrschen, sondern auch um eine Stärkung der Position der UdSSR innerhalb der Länder Osteuropas, die in den sowjetischen Einflußbereich gefallen waren und infolgedessen den Ostblock bildeten. Die Politik Stalins und seiner Nachfolger gegenüber den anderen Blockstaaten war nicht in der gesamten Nachkriegszeit einheitlich. Ihre konkrete Entwicklung war abhängig sowohl von den jeweiligen persönlichen Vorstellungen des amtierenden sowjetischen Staatschefs als auch von der individuellen Position der Staatschefs der anderen osteuropäischen Länder. In einigen Fällen spielten auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen der UdSSR und den Führern der westlichen Staaten eine nicht unerhebliche Rolle (am deutlichsten wurden diese Gegensätze in den ersten Nachkriegsjahren in bezug auf die Deutschlandfrage). Jüngste Forschungen zeigen, daß Stalin kein revolutionärer Fanatiker war und daß seine Politik gegenüber den Ländern Osteuropas keineswegs von der Idee des Exports der Revolution bestimmt war, sondern von dem Bestreben, diese Länder im sowjetischen Einflußbereich zu halten (sogar wider die Interessen des Sozialismus, wie der Fall DDR gezeigt hat¹⁶). Das bekannte Prinzip des „divide et impera“ bildete die nicht zu übersehende Leitlinie der Moskauer Politik, die sich geschickt die Differenzen innerhalb der politischen Führungskräfte Osteuropas zunutze machte, um „ungehorsame“ Staatschefs gegen „gehorsame“ auszutauschen (was im Falle Jugoslawiens allerdings nicht gelang).

¹⁶ S. z.B. W. Loth, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte.* Berlin 1994.

Die Ideologie des Sozialismus rangierte dabei zwar nicht gerade an letzter Stelle, aber sie spielte doch stets eine untergeordnete Rolle und hatte den wahren Hintergrund der neuen Geopolitik Stalins zu verschleiern. Diese Tarnung war für Stalin noch aus einem zweiten Grund unverzichtbar: Praktisch gesehen stellte die Sowjetunion nach Beendigung des Krieges keineswegs ein leuchtendes Beispiel dar, das zur Nachahmung empfohlen werden konnte, besonders wenn man den realen Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung berücksichtigte.

Das Bestreben der sowjetischen Führung, der Rolle einer Weltmacht zu entsprechen, wirkte sich nicht nur auf die Bestimmung der Prioritäten in der Außenpolitik aus, sondern hatte auch Einfluß auf die Innenpolitik. Die Verwirklichung der territorialen und der politischen Expansion machte eine Entwicklung des Liberalisierungsprozesses im Inneren unmöglich. Darüber hinaus setzte eine solche Außenpolitik dem Umfang sozialer Programme für die Bevölkerung der Sowjetunion ganz entschiedene Grenzen. Entgegen den Erwartungen der Menschen richtete sich die Hauptenergie nicht auf die Verbesserung der Lebensbedingungen, sondern auf die Entwicklung der Rüstungsindustrie, die die UdSSR im beginnenden Rüstungswettbewerb mit den USA konkurrenzfähig machen sollte. Die wirtschaftliche Struktur wurde aufgrund dieser Prioritätenverschiebung vollkommen deformiert. Dies hatte wiederum eine verzögerte Modernisierung jener Industriezweige, die nicht zum Rüstungssektor gehörten, eine Krise der Landwirtschaft sowie eine Reihe von anderen Problemen zur Folge, die das heutige Rußland als Erblast der Nachkriegszeit zu tragen hat.

Dieses ganz eigene Erbe erschöpft sich längst nicht nur in ökonomischen Problemen, sondern es tritt in praktisch allen Lebensbereichen des heutigen Rußland, darunter auch in den internationalen Angelegenheiten, in Erscheinung. Hierzu gehören beispielsweise die Probleme mit dem Baltikum. Heute ist allgemein bekannt, daß Stalin mit der Annexion Litauens, Lettlands und Estlands zwar auch seinen politischen Ehrgeiz und seine territorialen Präntentionen befriedigen wollte. Er schuf jedoch darüber hinaus mit eigenen Händen ein Problem, das sowohl ihm als auch seinen Nachfolgern über Jahrzehnte hinweg gewaltige Kopfschmerzen bereiten sollte. Obwohl alle drei baltischen Staaten erst kurz vor dem Krieg öffentlich zu sowjetischen Republiken erklärt wurden, wurden sie von der sowjetischen Regierung schon damals und später dann auch in der Nachkriegszeit nicht als irgendein Teil der UdSSR angesehen, sondern galten als etwas Besonderes, was auch die Moskauer Politik gegenüber dieser Region zeigte. Die allgemeine Gleichschaltung nach dem Muster der anderen Gebiete und Republiken, die zur UdSSR gehörten, hielt auch

hier Einzug, allerdings etwas später. Aufgrund von Archivmaterial,¹⁷ welches vor nicht allzu langer Zeit für Forscher zugänglich wurde, entsteht der Eindruck, daß in den ersten zwei bis drei Jahren nach Kriegsende für Stalin und seine Umgebung nicht ganz klar war, nach welchen Prinzipien und in welcher Form die Sowjetisierungspolitik in den baltischen Staaten durchzuführen sei. Die baltische Politik Moskaus in dieser frühen Nachkriegszeit könnte man als „vorsichtige Sowjetisierung“ bezeichnen. Hierunter ist eine Sowjetisierung ohne gewaltsame Russifizierung zu verstehen, der Versuch, in Kontakt mit den nationalen Kräften (vor allem mit der Intelligenz) zu treten, die Beibehaltung von privaten Wirtschaftsbetrieben außer dem Großgrundbesitz usw. Hierbei gab es natürlich auch Ausnahmen, die jedoch persönlichen Charakter hatten, d.h. von der Position der örtlichen Führungskräfte abhängig waren, die den von Moskau vorgeschriebenen Kurs auf ihre Art und Weise korrigierten.

Was die Kaderpolitik betrifft, so orientierte sich Moskau anfangs an den jeweiligen nationalen Kadern, vor allem an den litauischen, lettischen und estnischen Kommunisten. Nach Moskauer Vorstellung mußten gerade diese Leute dafür geeignet sein, eine entsprechende politische Linie in ihrer Region zu gewährleisten. Dieses Wunschdenken erwies sich jedoch als voreilig, da sowohl der Einfluß der kommunistischen Partei als auch die Zahl der Kommunisten in den baltischen Republiken zu gering waren, als daß sie die in sie gesetzten Erwartungen hätten erfüllen können. Für den 1. Januar 1946 zählte die Parteiorganisation Lettlands 3 600 Kommunisten, jene Litauens 3 500, und in Estland waren 2 400 Kommunisten zu verzeichnen.¹⁸ Unter diesen Parteimitgliedern waren wiederum nur etwa jeweils ein Drittel Letten, Litauer und Esten. Die zwei übrigen Drittel waren Russen oder Vertreter anderer Nationalitäten (Juden, Polen u.a.).¹⁹ Von der örtlichen Bevölkerung wurde die kommunistische Partei meistens als russische Partei angesehen. Von daher wurde die Kaderfrage sowohl für die Moskauer Führung als auch für die lokalen sowjetischen Behörden zu einem der dringlichsten Probleme im Baltikum.

Problem „Nummer eins“ in diesem Gebiet, besonders in den ersten Jahren nach dem Krieg, war für Moskau jedoch zweifelsohne das Problem des Kampfes gegen die bewaffnete Opposition – eine Kraft, die sich am stärksten der Sowjetisierungspolitik im Baltikum widersetzte. Der Widerstand bewaffneter Verbände, gegen die sich die lokalen Vertretungen der Sowjetmacht oft als hilflos erwiesen, war nicht zuletzt der Auslöser

¹⁷ RCChIDNI, Best. 597f. u. 600.

¹⁸ Ebenda, Best. 17, Verz. 117, A. 498.

¹⁹ Ebenda.

für die Wende der Moskauer Politik im Baltikum. Es war eine Wende zu härteren Kontrollen und direkten Repressionen. Die Zentralmacht versuchte in dieser Zeit, das baltische Problem auf dieselbe Art und Weise zu lösen, wie sie es im Kampf mit der Opposition (oder mit einer drohenden Opposition) im Innern Rußlands getan hatte. In diesem Sinne war die Verschärfung der Politik der Repressionen, wie sie Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre zu beobachten war, eine allgemeine, für die ganze UdSSR typische Erscheinung. In den baltischen Republiken bestanden die Repressionen vor allem in Deportationen, d.h. in der zwangsweisen Umsiedlung in entlegene Gebiete der UdSSR all jener, die in offiziellen Papieren als „feindliche Elemente“ bezeichnet wurden: Mitglieder der bewaffneten Widerstandsbewegung, ihre Familienangehörigen und „Kulaken“, denen ebenfalls ihre Familien folgten. Allein in dem Zeitraum von 1941–1952 wurden mehr als 203 000 Menschen aus Litauen, Lettland und Estland ausgesiedelt; die Deportationen aus der Vorkriegszeit machten hiervon nur 12% aus, während die restlichen Verschleppungen erst nach 1945 stattfanden.²⁰

Die massenweise Vertreibung eines wesentlichen Teils der Bevölkerung schuf in Litauen, Lettland und Estland eine neue politische, aber auch eine neue psychologische Situation. Der bewaffnete Widerstand hörte dort seit Beginn der 50er Jahre praktisch auf zu existieren, aber die Opposition gegen die Sowjetmacht bestand weiter. Sie entwickelte sich auf anderen legalen und illegalen Wegen weiter. Was das Verhältnis der baltischen Bevölkerung zur Sowjetmacht und insbesondere zu Moskau anbelangt, so schlug dieses in dem Moment eindeutig ins Negative um – nach außen hin war es loyal, doch es versteckte sich hinter dieser Loyalität in jedem Fall das Gefühl der nationalen Selbsterhaltung.

An die Stellen der deportierten Litauer, Letten und Esten kamen neue Umsiedler aus Rußland, der Ukraine und aus Weißrußland. Auf diese Art und Weise entstand im Baltikum das Problem der russischen Minderheiten – ein Konfliktherd, der damals wie heute sowohl auf staatlicher Ebene als auch im zwischenmenschlichen Bereich immer wieder in Erscheinung tritt. Bereits zu Beginn der 50er Jahre wurde deutlich, daß die neuen Machthaber trotz der Etablierung des kommunistischen Regimes im Baltikum ohne die Unterstützung Moskaus nicht auskamen. Nicht ohne Grund war die Sowjetmacht für die baltische Bevölkerung gleichbedeutend mit russischer Herrschaft. Diese Vorbehalte wurden auch auf die neu zugewanderte russische Bevölkerung übertragen, obwohl die Russen in diesem Fall ebensolche Objekte der staatlichen Politik waren wie die Bal-

²⁰ GARF, Best. 7523, Verz. 109, A. 195, Bl. 51-55.

ten. Während der gesamten sowjetischen Geschichte des Baltikums geriet die Region bei jeder Krise des Moskauer Machtzentrums (1953, 1964, 1985) sofort in Bewegung, und so wurde das Ende der UdSSR folgerichtig zu einem Neubeginn in der Geschichte der baltischen Staaten.

Die Situation in einem anderen Teil der baltischen Region – in der Stadt Königsberg und im Königsberger Gebiet – stellte sich aus der Perspektive des territorialen Status von 1945 noch komplizierter dar als in Lettland, Litauen und Estland. Obwohl im Potsdamer Abkommen der Sowjetunion die Rechte auf dieses Territorium zugesprochen worden waren, war dieses neue sog. Kaliningrader Gebiet offiziell erst im April 1946 Bestandteil der UdSSR geworden. Das Gebiet wurde zum Bestandteil der Russischen Föderation erklärt, besaß jedoch gar keine gemeinsame Grenze mit Rußland. Damit war der „Sonderbarkeiten“ aber nicht genug. Ein Beschluß über die Schaffung eines Gebietskomitees der KPdSU (b), d.h. jener Partei, die faktisch auf dem gesamten Territorium der UdSSR die politische Macht ausübte, erging für das Kaliningrader Gebiet erst im März 1947, d.h. fast zwei Jahre, nachdem Königsberg der UdSSR übergeben worden war.

Bis zu diesem Augenblick war die Verwaltung des Kaliningrader Gebietes in etwa nach denselben Prinzipien organisiert wie in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. Der ungeklärte Status des Gebietes innerhalb der UdSSR und die schwankende Haltung der sowjetischen Regierung bei der Verwaltung dieses Territoriums erklären sich vor allem durch den Einfluß des sogenannten „deutschen Faktors“. Im April 1946, als das Gebiet Kaliningrad geschaffen wurde, lebten dort 116 000 Deutsche und 35 000 Russen, von denen letztere zum überwiegenden Teil Armeeangehörige oder Repatriierte waren.²¹ Laut offiziellen Quellen war die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu den neuen Machthabern (im Unterschied beispielsweise zu den baltischen Staaten) im großen und ganzen loyal, Fälle von bewaffnetem Widerstand waren verhältnismäßig selten.²² Die Lage der deutschen Bevölkerung war denselben Quellen zufolge trotz alledem kritisch, besonders 1945 und im Winter des Jahres 1946. Damals starben allein in der Stadt Königsberg 14 700 Menschen an Hunger und Kälte.²³ Die Lage änderte sich erst, als neben der Militärverwaltung die zivile Administration zu funktionieren begann. Allerdings löste die Einrichtung einer zivilen Verwaltung im Kaliningrader Gebiet nicht nur eine Reihe von Problemen vor allem für die Bevölkerung, sondern wurde

²¹ RCChIDNI, Best. 17, Verz. 122, A. 143, Bl. 65.

²² Ebenda, A. 142, Bl. 17.

²³ Ebenda, Bl. 16.

gleichzeitig zur Quelle neuer Konflikte zwischen militärischer und ziviler Macht.²⁴

Zwei Jahre lang blieb die Frage nach dem weiteren Schicksal der deutschen Bevölkerung im Kaliningrader Gebiet ungeklärt. Erst 1947 fiel in Moskau die endgültige Entscheidung über die Umsiedlung der Kaliningrader Deutschen nach Ostdeutschland. Als neue Siedler für die Region zog man Russen, Weißrussen und Ukrainer heran. Insgesamt etwa 600 000 Menschen wurden in den Jahren 1946–1951 aus den anderen Teilen der UdSSR in das Kaliningrader Gebiet umgesiedelt.²⁵

Die massenweise Umsiedlung der Bevölkerung – ob zwangsweise, durch Deportation oder auch freiwillig, auf Vorschlag der staatlichen Behörden – war eine recht typische Erscheinung in der UdSSR der Nachkriegszeit. Durch die Deportation ganzer Völker oder Bevölkerungsgruppen und die Ansiedlung wiederum anderer Menschen an ihrer Stelle versuchte das Moskauer Regime ganz in der Tradition der imperialen Politik, sowohl die entsprechenden Regionen wirtschaftlich unter seine Kontrolle zu bringen als auch die politische Loyalität ihrer Bevölkerungen gegenüber Moskau zu sichern. Diese Politik, die sowohl die kulturellen Traditionen der jeweiligen Regionen als auch die Besonderheiten ihrer wirtschaftlichen Entwicklung in der Vergangenheit und den nationalen Faktor ignorierte, erwies sich jedoch, wie die weitere Erfahrung zeigte, nicht nur als einfach wenig effizient, sondern zeitigte häufig eine den Erwartungen völlig entgegengesetzte Wirkung. Das heißt, daß auf diesem Wege nicht nur die in den Regionen auftretenden Konflikte nicht gelöst werden konnten, sondern daß vielmehr neue und weitaus schwerer lösbare Konflikte der verschiedenen ethnischen Gruppen untereinander geschaffen wurden (im Baltikum, auf der Krim, im Nordkaukasus und in anderen Regionen der UdSSR).

Generell nimmt die nationale Frage eine besondere Stellung in der Nachkriegsentwicklung der UdSSR ein. In diesem Punkt hatte der Krieg eine ziemlich widersprüchliche Rolle gespielt, indem er die einen Völker erhöhte, andere jedoch auf untergeordnete, ja sogar erniedrigende Positionen verwies. Die Krimtataren, die Tschetschenen, Inguschen, Balkaren und einige andere wurden ohne jede Angabe von vernünftigen Gründen, einzig und allein aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, zu „Vaterlandsverrätern“ erklärt und „zur Strafe“ deportiert. Diese Politik rief natürlich bei den Betroffenen entsprechend negative Reaktionen hervor, und zwar nicht nur gegenüber der Staatsmacht als solcher, sondern auch gegenüber

²⁴ Ebenda, A. 143, Bl. 144, 154, 164 u. 179.

²⁵ Ebenda, Verz. 131, A. 233, Bl. 10.

jenen Völkern, die nicht unter diesen Repressionen zu leiden hatten. Als typisch ist in diesem Zusammenhang wohl die folgende Aussage eines Krimtataren zu werten: „Die Sowjetmacht hat gegenüber den Tataren nicht richtig gehandelt, indem sie sie aus ihren Heimatorten verbannte. Hatten denn etwa nur die Tataren ihr Vaterland verraten? Es gab doch auch viele Verräter unter den Ukrainern, Armeniern, Georgiern und Russen, aber die ganze Schuld haben sie den Tataren aufgeladen.“²⁶

Die Politik der Deportation einzelner Völker wurde begleitet von den hinlänglich bekannten Veränderungen der ideologischen Doktrin. Das Schlagwort des Internationalismus, das in den 20er und 30er Jahren so populär gewesen war, klang doch während des Krieges und besonders in den ersten Nachkriegsjahren – wenngleich es auch weiterhin von der Propaganda zur Demonstration von „Völkerfreundschaft“ genutzt wurde – wesentlich gedämpfter als vorher. Langsam trat das „russische Thema“ in den Vordergrund, wobei Stalin selbst den Ton angab. In seiner berühmten Ansprache anlässlich des Sieges im Mai 1945 äußerte er Gedanken, die unverzüglich von der Propaganda aufgegriffen wurden. Stalin nannte damals das russische Volk „die bedeutendste Nation aller Nationen der Sowjetunion“ und „die führende Kraft der Sowjetunion unter allen Völkern unseres Landes“.²⁷

Den nächsten Schritt in diese Richtung bildete die Kampagne gegen die sog. „Kriecherei vor dem Westen“, die schließlich in offenen Antisemitismus umschlug. Das „führende Volk“ selbst hatte im Endeffekt durch diese Politik nichts gewonnen. Der russische Faktor war von Stalin einfach für eine neue Staatsidee benutzt worden, die der UdSSR den Status eines „russischen Großreichs“ wiedergeben sollte. Die offizielle Propaganda kritisierte weiterhin das Zarenregime und dementierte damit scheinbar die offensichtliche Kontinuität zwischen der imperialen Politik der zaristischen Regierung und der Nachkriegspolitik Stalins, entlehnte dabei jedoch aktiv Attribute, Helden und Symbole dieser „unseligen Vergangenheit“. Gleichzeitig wurde ein aktiver Kampf gegen eine Erscheinung geführt, die in der Sprache der Kreml-Ideologen als „bourgeois Nationalismus“ bezeichnet wurde und die in verschiedenen Republiken der UdSSR verbreitet war. Unter die Kategorie „nationalistisch“ fielen damals Bücher, musikalische Werke oder Theateraufführungen nichtrussischer Autoren, die die Tradition und die nationale Eigenart ihres Volkes zu erhalten versuchten.

²⁶ GARF, Best. 9401, Verz. 2, A. 138, Bl. 383.

²⁷ Pravda vom 25. Mai 1945.

Die Kampagnen gegen „nationalistische Erscheinungen“ und „Kriechelei vor dem Westen“ waren wiederum nur ein Teil des allgemeinen Kampfes gegen abweichendes Gedankengut in der Gesellschaft. Der Krieg hatte – daran haben sich in der Folgezeit viele Frontkämpfer erinnert – den Geist der Freiheit in die sowjetische Gesellschaft getragen, und obwohl in den ersten Jahren nach dem Krieg keine der gesellschaftlichen Kräfte in der Lage war, sich offen gegen das Regime zu stellen, konnte doch dieser aus dem Krieg gewonnene Geist der Freiheit nach dem Krieg nicht einfach wieder verschwinden und sich im Nachkriegsalltag auflösen. In dem Maße, wie der Krieg immer weiter in die Vergangenheit rückte und das Leben im Land sich nur wenig verbesserte, bildete sich in der Gesellschaft ein Komplex der enttäuschten Hoffnungen. Um eine Weiterentwicklung und die Verbreitung kritischer Stimmungen zu verhindern, trafen die Herrschenden eine Reihe von Präventivmaßnahmen zum Kampf gegen Andersdenkende. Indem sie einzelne isolierten, lenkten die Machthaber die allgemeine Unzufriedenheit auf die falsche Fährte einer imaginären Suche nach „Volksfeinden“. Dennoch konnte diese Art der Opposition nicht einmal durch die Zeit der Repressionen ausgeschaltet werden. Sie ging nur gewissermaßen in den Untergrund und bekundete ihre Existenz nicht nur in Form der Dissidentenbewegung, sondern auch in Form verschiedener reformatorischer Ansätze der Nachkriegsjahre. In diesem Sinne kann man sagen, daß gerade das Jahr 1945 Rußland den Weg zu Reformen öffnete. Dieser Weg erwies sich für das Land weder als gerade noch als kurz. Er ist bis heute nicht zu Ende gegangen worden. Vielleicht liegt hier ein Grund dafür, warum alles, was mit dem Krieg zu tun hat, für Rußland stets unmittelbare Vergangenheit bleibt.

Aus dem Russischen übersetzt von Karen Höhling, Schleswig